



Schirm | Busch | Lütz | Walter | Zimmermann [Hrsg.]

De-Globalisierung

Forschungsstand und Perspektiven



Nomos

Die Reihe

„Internationale Politische Ökonomie“
wird herausgegeben von

Andreas Busch (Universität Göttingen)

Susanne Lütz (FernUniversität in Hagen)

Stefan A. Schirm (Ruhr-Universität Bochum)

Stefanie Walter (Universität Zürich)

Hubert Zimmermann (Universität Marburg)

Stefan A. Schirm | Andreas Busch | Susanne Lütz
Stefanie Walter | Hubert Zimmermann [Hrsg.]

De-Globalisierung

Forschungsstand und Perspektiven



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7503-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-3290-1 (ePDF)

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Weltwirtschaftliche Globalisierung scheint in den letzten zwei Dekaden ihren Schwung verloren zu haben oder sogar auf dem Rückzug zu sein. *Politisch* erlebten gerade liberale Industrieländer einen „Globalization Backlash“, eine Abschwächung der Unterstützung von Globalisierung und teilweise eine Hinwendung zu Varianten von „Nation-Centred Economic Policies“. Viele Gesellschaften zeigen sich gespalten hinsichtlich der weiteren Befürwortung multilateraler Globalisierung und den Forderungen nach nationen-zentrierter Wirtschaftspolitik. Der Brexit und die Wahl von Donald Trump sind dabei extreme Beispiele für Konsequenzen der Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung mit Liberalisierung und Globalisierung. Auch andere Länder wie Italien, Polen und Indien wurden zeitweise von Parteien regiert, die Globalisierung und der regelgebundenen „Liberal International Economic Order“ (LIO) skeptisch gegenüberstehen. Die Kritik am Multilateralismus, Globalisierung und den internationalen Organisationen des Bretton-Woods-Systems erfasste aber nicht nur Teile westlicher Gesellschaften, sondern gewann auch in aufstrebenden Schwellenländern wie China an Bedeutung. Gleichzeitig zeigten nationale Kapitalismusmodelle eine hohe Resilienz und tragen eine selektive Entflechtung der Weltwirtschaft mit. *Wirtschaftlich* wurde Globalisierung in Frage gestellt vor allem durch die gesellschaftlichen Kosten der Weltfinanzkrise nach 2008, durch eine zunehmende Einkommens-Ungleichheit in manchen liberalen Marktwirtschaften und durch die Pandemie, die aufzeigte wie gefährdet globale Lieferketten sein können. Andererseits dokumentieren nach wie vor große internationale Handels- und Kapitalströme, der Aufstieg Chinas als globale politische und ökonomische Macht, der neue Regionalismus, einige erfolgreiche Länder des globalen Südens sowie Digitalisierung und Plattformökonomie, dass grenzüberschreitende wirtschaftliche Verflechtung weiterhin expandieren kann. Globalisierung scheint daher nicht insgesamt zu de-globalisieren, sondern sich möglicherweise in anderer Form weiterzuentwickeln als bislang im Rahmen der LIO. Die Welt erlebt gleichzeitig zumindest drei Tendenzen: partielle politische und wirtschaftliche De-Globalisierung, teilweise Resilienz der traditionellen LIO sowie nationaler Wirtschaftsmodelle und die Entwicklung neuer selektiver Formen von Globalisierung.

Dieser Band unternimmt eine Bestandsaufnahme der internationalen politikwissenschaftlichen Forschung über die verschiedenen Facetten der

Vorwort

De-Globalisierung. Er folgt auf den Band „Globalisierung, Forschungsstand und Perspektiven“ in unserer Buch-Reihe „Internationale Politische Ökonomie“ im Nomos Verlag (Schirm (Hrsg.) 2006). Zielsetzung des vorliegenden Bandes ist es, in jedem Kapitel zunächst den internationalen Forschungsstand zu rezipieren und anschließend die eigene Forschung der Autorin bzw. des Autors zu präsentieren. Der Band bietet daher sowohl eine breite Aufnahme der aktuellen internationalen politikwissenschaftlichen Forschung zur Debatte um De-Globalisierung als auch die spezifische Expertise der jeweiligen Autorinnen und Autoren. Der Kreis der Verfasserinnen und Verfasser repräsentiert einen zentralen Ausschnitt der deutschsprachigen IPÖ-Community, die überwiegend auf Englisch publiziert. Mit diesem Band sprechen wir nun explizit die im deutschsprachigen Raum Forschenden und Lehrenden an. Gleichzeitig zeigen die Kapitel, wie stark die IPÖ in Deutschland, Österreich und der Schweiz mit der globalen und vor allem anglo-amerikanischen Politikwissenschaft verbunden ist. Die Kapitel bieten eine spannende Vielfalt an Themen, Debatten und Forschungsergebnissen. Um diese Vielfalt zu fördern, haben wir bewusst keine einheitliche Definition von De-Globalisierung vorgeschlagen.

Internationale Politik und Internationale Politische Ökonomie werden in den kommenden Jahren stark von den Folgen des russischen Überfalls auf die Ukraine geprägt sein. Die Konsequenzen dieses Krieges für die Debatte um De-Globalisierung sind noch nicht klar absehbar. Daher haben wir auf ein eigenes Kapitel zu diesem Thema verzichtet. Stattdessen gehen diejenigen Kapitel des Bandes, die das Thema berühren jeweils individuell auf mögliche Implikationen ein. Schon jetzt ist absehbar, dass Russland wegen seiner Aggression wahrscheinlich auf längere Zeit politisch und wirtschaftlich vom Westen sanktioniert und isoliert wird. Selektive De-Globalisierung dürfte daher durch die sich abzeichnende Reduzierung der Energieimporte aus Russland durch Europa und die USA verstärkt werden. Diese Entwicklung könnte allerdings die Energielieferungen Russlands vor allem nach China und Indien vergrößern und zu einer engeren Zusammenarbeit dieser Länder beitragen. Das menschliche Leid und die großen Zerstörungen die Russland über die Ukraine gebracht hat, dürfte die demokratischen Staaten Europas, Nordamerikas und Ostasiens politisch und wirtschaftlich noch stärker zu Verbündeten machen als es bisher schon der Fall war. Im Ergebnis scheint ein selektives Auseinanderdriften einiger wichtiger Akteure der (De-) Globalisierung und sogar eine Lagerbildung zwischen demokratischen und marktwirtschaftlichen Staaten einerseits und autoritären und eher planwirtschaftlichen Staaten andererseits möglich. Die politische Ambivalenz beispielsweise Indiens und die nach wie vor große wirtschaftliche Verflechtung Chinas mit dem Westen zeigen

aber auch, dass eine klare Zuordnung in diese politisch-wirtschaftlichen Lager möglicherweise nicht einfach wird. Internationale Organisationen könnten an Relevanz gewinnen, aber möglicherweise weniger global als vielmehr für Allianzen unter Führung der USA auf der einen Seite und Chinas auf der anderen. Während sicherheitspolitisch die neue Ost-West-Konfrontation auch von der politischen Überlebensdauer des derzeitigen russischen Regimes abhängen dürfte, könnte der russische Krieg internationale wirtschaftliche und politische Vernetzung zwischen bestimmten Staaten langfristig verringern, zwischen anderen Staaten aber sogar verstärken. Im Ergebnis dürfte die teilweise bereits sichtbare Entwicklung *selektiver* Globalisierung zunehmen. Denkbar ist auch die Stärkung konkurrierender internationaler bzw. globaler politischer Ordnungen und ökonomischer Verflechtungen im Sinne *alternativer* Globalisierungs-Modelle.

Wir freuen uns, einen spannenden Band zur aktuellen Debatte über De-Globalisierung vorzulegen. Besonderer Dank gebührt den Autorinnen und Autoren für die ausgezeichneten Einblicke in ihre Forschung.

Stefan A. Schirm, Bochum
Andreas Busch, Göttingen
Susanne Lütz, Hagen
Stefanie Walter, Zürich
Hubert Zimmermann, Marburg

Mai 2022

Inhalt

Autorenzeilen	11
<i>Globale Ordnung, nationale Modelle</i>	17
Nationale Kapitalismusmodelle und wirtschaftliche De-Globalisierung <i>Andreas Nölke</i>	19
Libérale Ordnung, gesellschaftliche Spaltung und politische De-Globalisierung <i>Stefan A. Schirm</i>	39
Internationaler Handel <i>Andreas Dür</i>	61
Der globale Süden und die Globalisierung <i>Joachim Betz</i>	81
<i>Internationale Institutionen</i>	101
Globalisierungsskepsis als Herausforderung für internationale Institutionen <i>Stefanie Walter</i>	103
China und die BRICS in globalen ökonomischen Institutionen <i>Eugénia C. Heldt</i>	123
Stabilität und Wandel des Bretton-Woods Systems – IWF und Weltbank <i>Susanne Lütz</i>	139

Inhalt

<i>Regionale und globale Akteure</i>	159
Chinas Aufstieg, Konflikte um Technologieführerschaft und „weaponized interdependence“ <i>Tobias ten Brink</i>	161
EU Handels- und Finanzpolitik <i>Aukje van Loon</i>	181
Regionalismus und De-Globalisierung <i>Mariel Reiss</i>	201
<i>Fokus-Themen</i>	219
Die Internationale Politische Ökonomie der Pandemie <i>Hubert Zimmermann</i>	221
Zentralbanken, (De-) Kommodifizierung und (De-) Globalisierung <i>Benjamin Braun</i>	239
Digitalisierung und Internationale Politische Ökonomie <i>Andreas Busch</i>	257
De-Globalisierung in der Standardisierung und Governance digitaler Technologien? <i>Tim Bütthe</i>	279

Autorenzeilen

Joachim Betz war Leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Asien-Studien und apl. Prof. für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg. Er war Mitglied des Entwicklungspolitischen Beirats des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Herausgeber des Jahrbuchs Dritte Welt und verantwortlicher Redakteur von Nord-Süd aktuell. Die Schwerpunkte seiner Forschungsarbeit waren Politik und Wirtschaft Südasiens, Entwicklungstheorie und -politik, Vergleichende Sozialpolitik, Energiepolitik von Schwellenländern, Parteien in Entwicklungsländern, Institutionen und gesellschaftliche Entwicklung sowie Globalisierung. Seine Forschungsergebnisse wurden publiziert in der Politischen Vierteljahresschrift, der Zeitschrift für Politikwissenschaft, Aus Politik und Zeitgeschichte, Peripherie, Global Society, World Development und in zahlreichen Monographien und Sammelbänden.

Benjamin Braun ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Er forschte als John F. Kennedy Fellow am Center for European Studies, Harvard University, und als Member of the School of Social Science am Institute for Advanced Study, Princeton. Die Schwerpunkte seiner Forschung liegen auf der internationalen politischen Ökonomie der Finanzmärkte und der makroökonomischen Governance. Seine Arbeiten erschienen u.a. in *Competition & Change*, *Economy and Society*, *New Political Economy*, *Review of International Political Economy*, und *Socio-Economic Review*.

Tim Buehe ist Professor für Politics and Public Policy am Lehrstuhl für International Relations der Hochschule für Politik München an der Technischen Universität München (TUM), TUM School of Social Sciences & Technology und TUM School of Management. Er ist Technology Policy Scholar, Duke University, Sanford School of Public Policy. Seine Forschung wird geleitet vom Interesse, ein besseres theoretisches Verständnis von Macht, Stabilität und Wandel in politischen Institutionen zu entwickeln, um so Einsichten zu gewinnen, wie man internationale Kooperation fördern kann. Er veröffentlichte u.a. "New Global Rulers: The Privatization of Regulation in the World Economy" (mit W. Mattli, Princeton) sowie Artikel u.a. in *World Politics*, *International Organization*, *American Political Science Review*, und *American Journal of Political Science*.

Autorenzeilen

Andreas Busch ist Professor für Politikwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen und Inhaber des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft und Politische Ökonomie. Studium an den Universitäten München, Heidelberg und Oxford, Promotion und Habilitation an der Universität Heidelberg. 1997-98 John F. Kennedy Memorial Fellow am Center for European Studies der Harvard University. 2001-2008 zunächst University Lecturer, ab 2004 Reader in European Politics am Department of Politics and International Relations der University of Oxford und Fellow des Hertford College, Oxford. 2014 wurde er zum Mitglied der Geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Klasse der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen gewählt. Seine Forschungsinteressen liegen in der Vergleichenden Politikwissenschaft mit den Schwerpunkten Staatstätigkeitsforschung (insbesondere Wirtschafts-, Rechts- und Verfassungspolitik), Analyse politischer Systeme (insbesondere Großbritannien und Bundesrepublik Deutschland), Politische Ökonomie (insbesondere Regulierungspolitik und vergleichende Analyse von wirtschaftlichen Systemen) sowie Netzpolitik und Digitalisierung.

Andreas Dür ist Professor für Internationale Politik an der Universität Salzburg. Bevor er seine jetzige Tätigkeit aufnahm, war er postdoktoraler wissenschaftlicher Mitarbeiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung und Lecturer am University College Dublin. Seine Forschung zur Handelspolitik, Interessengruppen, öffentlicher Meinung und Europäischer Integration hat Dür in drei Monographien, mehreren Sammelbänden und mehr als 50 begutachteten Artikeln in Zeitschriften wie das *British Journal of Political Studies*, *Comparative Political Studies*, *European Journal of Political Research*, *International Studies Quarterly* und *Journal of European Public Policy* publiziert. Seit 2017 leitet er das vom European Research Council finanzierte Projekt TRADEPOWER.

Eugénia da Conceição-Heldt ist eine portugiesisch-deutsche Politikwissenschaftlerin und Lehrstuhlinhaberin für European and Global Governance an der Technischen Universität München. Ihre Forschung wurde mit mehreren renommierten Preisen, z.B. ein ERC Grant und ein Heisenberg-Stipendium der DFG, ausgezeichnet. Forschungsaufenthalte führten sie an die Harvard University, das Europäische Hochschulinstitut, das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und an die Princeton University. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Bereiche Europäische Integration, Übertragung von Kompetenzen an internationale Organisationen, Global Economic Governance, Zwei-Ebenen-Ansatz, Verhand-

lun­gs­ana­lyse, Prin­ci­pal-Agent-Ansatz, Ac­count­a­bi­li­ty, so­wie po­li­ti­sche und tech­no­lo­gi­sche Dis­rup­tionen. Sie hat mehr als 35 peer-re­viewed Zeitschri­ften­ar­ti­kel und vier Mo­no­gra­phien pub­liziert so­wie Son­der­hefte in peer-re­viewed Zeitschri­ften her­aus­ge­ge­ben. Ihre Ar­bei­ten wur­den u.a. im *Journal of Com­mon Market Studies*, *Journal of Euro­pean Public Policy*, *Review of In­ter­na­tional Political Economy*, *Regulation & Governance*, *Government and Opposition*, und *Politi­sche Viertel­jahresschri­ft* ver­öf­fent­licht.

Susanne Lütz ist Pro­fes­so­rin für Po­li­ti­k­wis­sen­schaft an der Fern­Uni­ver­si­tät in Ha­gen und Lei­te­rin des Lehr­ge­bie­tes für In­ter­na­tionale Po­li­ti­k. Davor lehrte sie an der Frei­en Uni­ver­si­tät Ber­lin und an der Uni­ver­si­tät zu Köln. Als wis­sen­schaftliche Mit­ar­bei­te­rin war sie am Max-Planck In­sti­tut für Ge­sell­schafts­for­schung in Köln be­schäf­tigt und for­schte am Minda de Gunz­burg Center for Euro­pean Studies der Har­vard Uni­ver­si­ty, als Robert Bosch Fel­low am American In­sti­tute for Con­tem­po­rary Euro­pean Studies der Johns Hop­kins Uni­ver­si­ty in Wash­ing­ton, DC. und als Eras­mus-Mundus Ex­change Fel­low am National Centre for Re­search in Euro­pe (NCRE) an der Uni­ver­si­ty of Can­ter­bury, Christchurch, Neuseeland. Ihre For­schungs­schwer­punkte lie­gen im Be­reich Global Economic Governance mit dem Schwer­punkt in­ter­na­tionaler Wirt­schafts- und Finanz­or­ga­ni­sa­tionen, der Re­gu­lie­rung von Märkten (mit den Schwer­punkten Finanzen, Corporate Governance und geistige Eigen­tums­rechte) so­wie in der ver­gleichenden Kapitalismus­for­schung. Ihre Pub­li­ka­tionen er­schienen u.a. im *Review of In­ter­na­tional Political Economy*, *West Euro­pean Politics*, *Global Policy*, *Journal of Public Policy*, *New Political Economy*, *Socio-Economic Review* so­wie *Regulation & Governance*.

Andreas Nölke ist Pro­fes­so­r für Po­li­ti­k­wis­sen­schaft an der Goethe Uni­ver­si­tät in Frank­furt/Main und Senior Researcher am Leib­niz-Institut für Finanz­markt­for­schung SAFE. Er hat an der Uni­ver­si­tät Kon­stanz Ver­wal­tungs­wis­sen­schaft studiert und wurde dort auch pro­mo­viert. Vor und nach seiner Pro­mo­tion war er in der Ent­wick­lungszusammenarbeit tätig, unter anderem für Weltbank und Euro­päi­sche Kom­mis­sion so­wie als Berater in Malaysia. Nach einer Habilitation an der Uni­ver­si­tät Leipzig so­wie Lehre an den Uni­ver­si­täten von Amster­dam (VU) und Utrecht (UCU) arbeitet er seit 2007 an der Goethe-Uni­ver­si­tät. Seine For­schungs­schwer­punkte sind Schwellenländer­ka­pi­talismus, Finan­zia­li­sierung und Euro­päi­sche Union. Nölke pub­lizierte unter anderem bei *World Politics*, *Euro­pean Journal of In­ter­na­tional Relations*, *Journal of Com­mon Market Studies*, *New Political Economy*, *Review of In­ter­na­tional Political Economy* und dem So-

Autorenzeilen

cio-Economic Review. Zuletzt erschien "Post-Corona Capitalism" (Bristol University Press).

Mariel Reiss ist seit Dezember 2020 als Postdoktorandin am Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg tätig. Hier leitet sie seit Juli 2021 das Forschungsprojekt „LSBTIQ*-Rechte in Mehrebenen Governance Systemen" und arbeitet zudem seit April 2022 im Regionalen Forschungszentrum „Transformations of Political Violence". Sie hat einen M.A. in Politikwissenschaft und Ethnologie der Gutenberg Universität Mainz. Von Oktober 2015 bis Dezember 2020 arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg, wo sie auch promovierte. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Regionale und Internationale Organisationen, Regionalisierungsprozesse, Menschenrechte und im Besonderen LSBTIQ*-Rechte und Normdiskurse. Ihre Publikationen diskutieren die Entstehung und Entwicklung von Regionalorganisationen und die Rolle staatlicher und nichtstaatlicher Akteure in diesem Kontext. Ihr Schwerpunkt liegt dabei auf afrikanischen Regionalorganisationen.

Stefan A. Schirm ist Professor für Politikwissenschaft und Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Politik an der Ruhr Universität Bochum. Zuvor lehrte er an den Universitäten München und Stuttgart und forschte als J. F. Kennedy Fellow am Center for European Studies, Harvard University, und als Robert Schuman Fellow am European University Institute. Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf De-Globalisierung, Global Economic Governance, Wirtschaftspolitik Deutschlands, Großbritanniens und der USA, Brasilien als Emerging Power und auf dem Societal Approach to IPE. Er veröffentlichte u.a. "Globalization and the New Regionalism" (Polity Press) und "Internationale Politische Ökonomie" (Nomos) sowie Artikel in Cambridge Review of International Affairs, German Politics, European Journal of International Relations, Journal of Contemporary European Studies, Review of International Studies, New Global Studies, European Politics and Society, Global Affairs, International Political Science Review, und Politics.

Tobias ten Brink ist Professor für Wirtschaft und Gesellschaft Chinas an der Jacobs University Bremen. Zuvor war er u.a. Theodor Heuss Lecturer an der New School for Social Research in New York und Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln sowie am Institut für Sozialforschung in Frankfurt/Main. Er untersucht gegenwärtig sozio-ökonomische Entwicklungen in Asien und die

internationalen Folgen des Aufstiegs Chinas und anderer Schwellenländer, mit einem Fokus auf Wirtschafts-, Sozial- und Innovationspolitik. Seine Arbeiten sind u.a. erschienen in *Review of International Political Economy, Development and Change, Social Policy & Administration, European Journal of International Relations, Journal of Technology Transfer, Journal of Contemporary China* und *Science and Public Policy*.

Aukje van Loon ist Postdoktorandin und Dozentin am Lehrstuhl für Internationale Politik der Ruhr-Universität Bochum. Sie war Visiting Scholar am ACTORE Jean Monnet Centre of Excellence an der Universität Antwerpen und Mitglied der Mercator Global Young Faculty. Ihre Forschung konzentriert sich auf European Economic Governance mit dem Schwerpunkt auf die EU-Handels- und Finanzpolitik. Sie ist Mitherausgeberin von „Global Power Europe“ (Vol. 1 und 2, Springer) und Autorin von „Domestic Politics in European Trade Policy: Ideas, Interests and Variation in Governmental Trade Positions“ (Routledge/UACES). Weitere Forschung erschien u.a. in „The European Union and the BRICS“ (Springer), „The Liberal International Theory Tradition in Europe“ (Palgrave), *Journal of Contemporary European Studies, European Politics and Society, Politics and Governance* und *Zeitschrift für Politikwissenschaft*.

Stefanie Walter ist ordentliche Professorin für Internationale Beziehungen und Politische Ökonomie am Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich. Ihre Forschung ist im Bereich der internationalen und vergleichenden politischen Ökonomie angesiedelt und untersucht Verteilungskonflikte, politische Präferenzen und politische Entscheidungen im Zusammenhang der Globalisierung, europäischer Integration und Finanzkrisen. Aktuelle Projekte befassen sich mit internationalen Desintegrationsprozessen wie dem Brexit, der politischen Ökonomie der Eurokrise und dem Backlash gegen die Globalisierung. Stefanie Walters Arbeiten wurde unter anderem im *Annual Review of Political Science, American Journal of Political Science, Comparative Political Studies*, und *International Organization* veröffentlicht. Sie ist Autorin von „Financial Crises and the Politics of Macroeconomic Adjustments“ (2013, Cambridge University Press) und von „The Politics of Bad Options. Why the Eurozone's problems have been so hard to resolve“ (2020, Oxford University Press).

Hubert Zimmermann ist Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. Er promovierte am Europäischen Hochschulinstitut, Florenz, und lehrte in Bochum, Düs-

Autorenzeilen

seldorf, sowie an der Cornell University (USA). Forschungsschwerpunkte sind die internationale Wirtschafts- und Sicherheitspolitik der EU, die globale Währungspolitik, sowie die deutsche und amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik. Zu seinen Veröffentlichungen zählen *Money and Security* (Cambridge UP, 2002), *Drachenzähmung. Die EU und die USA im Prozess der Integration China's in das Welthandelssystem* (Nomos 2007), *Key Controversies in European Integration* (3d.ed., Palgrave 2020), sowie zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften und Sammelbänden.